

Resolution der Grünen Waadt

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT STATT FREIHANDEL

Die Grünen Schweiz unterstützen die Prinzipien der Landwirtschaftspolitik, die im Artikel 104 der Verfassung festgehalten sind: die Unterstützung für Familienbetriebe, die dezentralisierte Nutzung des Landes, die Anerkennung der vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft, die ökologischen Anforderungen und die entsprechende Vergütung der Leistungen in diesem Bereich sowie die Versorgungssicherheit dank einer qualitativ hochstehenden Nahrungsmittelproduktion auf lokaler Ebene.

Die Grünen sind der Ansicht, dass diese Prinzipien stark bedroht sind, wenn die Landwirtschaft wie eine normale Wirtschaftsbranche behandelt wird. So macht es die Welthandelsorganisation WTO. Diese Branchen sind jedoch der Globalisierung des Handels unterworfen. Die Liberalisierung der Landwirtschaftsmärkte widerspricht jedoch einer nachhaltigen Entwicklung und bedroht die Bewahrung der Rohstoffe und der natürlichen Ressourcen. Die Liberalisierung führt zudem zu Preisschwankungen, vor allem in den Ländern des Südens. Sie fördert die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln und verursacht so einen Einbruch des Einkommens der Bäuerinnen und Bauern, Landflucht, Abhängigkeit der ProduzentInnen von der agrochemischen Industrie und schwere Nahrungsmittelkrisen.

In der Schweiz würden die Prinzipien der Landwirtschaftspolitik unter einem Freihandelsabkommen mit der EU leiden. Der Import von Billigesswaren, die unter unwürdigen ökologischen und sozialen Bedingungen produziert werden, bedeutet für die lokalen ProduzentInnen einen unlauteren Wettbewerb. Bereits heute sind zehntausende Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz verschwunden. Falls die Politik nicht neu ausgerichtet wird, könnten das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern sowie die Nahrungsmittelsicherheit in der Schweiz bedroht sein. Der Erhalt einer qualitativ hochstehenden Produktion und von gewissen Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion wären früher oder später gefährdet.

Darum fordern die Grünen eine starke Verankerung des Prinzips der Ernährungssouveränität in der Landwirtschaftspolitik. Ernährungssouveränität bedeutet das Recht einer Bevölkerung oder eines Landes, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik frei zu bestimmen. Ernährungssouveränität bedeutet nicht Selbstversorgung oder das Verbot von Handel, aber sie bevorzugt die lokale Produktion, um die Bevölkerung zu ernähren, und ermöglicht qualitativ gute Nahrungsmittel sowie das Festlegen von Produktionskriterien.

Unsere Forderungen :

1. Die Ablehnung des Freihandels mit der EU, wie er heute vorgesehen ist.
2. Die Anerkennung des besonderen Status der Landwirtschaft, welche in den Freihandelsabkommen von den anderen Wirtschaftsbranchen abgekoppelt werden muss. Nur so kann der Druck der Schweizer Exportindustrie auf die Landwirtschaft abgewendet werden.
3. Die Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Kriterien. Nur so kann der Import von Waren, die unter inakzeptablen Bedingungen produziert worden sind, verhindert werden.

4. Ein Standardarbeitsvertrag für Landwirtschaftsangestellte, um ihnen einen sozialen Schutz und Lohnsicherheit gemäss den Schweizer Standards zu garantieren.
5. Massnahmen, welche eine bessere Effizienz im Umgang mit den natürlichen Ressourcen erlauben und eine Selbstversorgung mit Energie fördern.
6. Weiterentwicklung der biologischen Produktion und der Forschung.
7. Ein stärkeres Engagement der Schweiz in den entsprechenden Instanzen auf internationaler Ebene, damit die vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft anerkannt und die Nachhaltigkeitsstandards, welche die Qualität der Landwirtschaftsproduktion und des Handels steigern, gefördert werden. Das Landwirtschaftsdossier soll zudem von der WTO zur Welternährungsorganisation FAO wechseln.

Resolution der Grünen Waadt, verabschiedet an der DV vom 19. September 2009